

„Keine Vollharmonisierung im Gesundheitsbereich“

Interview mit Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe

Markus Ferber ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 1999 Vorsitzender der CSU-Europagruppe. Mit BZB-Redakteurin Katja Voigt sprach Ferber über den Einfluss Europas auf die nationale Gesundheitspolitik.

Voigt: Herr Ferber, viele Politiker, auch aus Ihrer Partei, beklagen, dass die Europäische Union den Handlungsspielraum der nationalen Politik immer weiter einschränkt. Gilt das auch für die Sozialpolitik?

Ferber: In der Sozialpolitik geben nach wie vor die Mitgliedstaaten den Ton an. Die Ausgestaltung der Gesundheitssysteme und die Organisation der medizinischen Versorgung sind nationale Aufgaben. Die EU ergreift nur beschränkt Maßnahmen, etwa wenn es um die Bekämpfung weit verbreiteter schwerer Krankheiten geht. Ganz raushalten kann sich die EU aber auch nicht. In einem Binnenmarkt muss es möglich sein, Gesundheitsdienstleistungen in allen Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen zu können.

Voigt: Im Entwurf zur Europäischen Verfassung heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.“ Mit dieser Formulierung sind enorme Unterschiede doch geradezu programmiert.

Ferber: Schon, aber das ist eine ganz logische Konsequenz. In Bereichen, für die vorrangig die Mitgliedstaaten zuständig sind, lassen sich unterschiedliche Systeme nicht vermeiden. Denn die Vorschriften werden gemäß den nationalen Ansichten, Bedingungen und Bedürfnissen erlassen. Das ist zum Beispiel im Steuerrecht genauso.

Voigt: Deutschland hat eines der teuersten Sozialsysteme. Glauben Sie, dass unsere hohen Standards auf Dauer zu halten sind?

Ferber: Natürlich hat unser Sozialsystem den Ruf, sehr teuer zu sein – aber es ist auch leistungsfähig. Unser Sozialsystem hat Vorbildcharakter, das darf natürlich nicht gefährdet werden. Meiner Meinung nach kann und wird es auch keine Vollharmonisierung im Gesundheitsbereich geben. Das widerspricht geltendem EU-Recht.



Foto: privat

„Gesundheitstourismus kann nicht in unserem Sinne sein“, meint Markus Ferber.

Voigt: Immer mehr Deutsche lassen sich im EU-Ausland behandeln. Dadurch fließen Beitragsgelder ab. Ist das im Sinne der CSU?

Ferber: Ein unkontrollierter Gesundheitstourismus kann nicht in unserem Sinne sein. Die Folgen für die Finanzierung und die Planungssicherheit des deutschen Gesundheitssystems wären enorm. Das würde letztlich auch zulasten der Patienten gehen.

Voigt: Im Gegenzug kommen auch Patienten aus anderen EU-Ländern nach Deutschland. Sind wir eher Gewinner oder Verlierer der Europäisierung des Gesundheitswesens?

Ferber: Wie ich bereits angesprochen habe, wird es keine Europäisierung der Gesundheitssysteme geben, daher kann es in dem Sinne auch keine Gewinner oder Verlierer geben. Ich denke, beim Thema Gesundheit kann ohnehin nur derjenige der Gewinner sein, der die höchste Qualität bietet – schließlich geht es hier um Menschenleben.

Voigt: Als EU-Parlamentarier kennen Sie auch die Sozialsysteme anderer Mitgliedstaaten. Was können wir in Deutschland von unseren Nachbarn lernen?

Ferber: Die Gesundheitssysteme in der EU sind so unterschiedlich, dass man nur schwer einen Vergleich anstellen kann. Daher ist es auch schwierig zu sagen, was wir von anderen lernen können.

Voigt: Mussten Sie schon einmal einem Kollegen aus Rumänien erklären, was eine Kassenzahnärztliche Vereinigung oder ein morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich ist?

Ferber: Nein, danach hat sich noch keiner meiner Kollegen bei mir erkundigt.

Voigt: Herr Ferber, vielen Dank für das Gespräch!